

Erklärung zu Flüchtlingen und Migration

Als „Einheit für Demokratie“ (DİB) haben wir eine Reihe von Gesprächen mit Expert:innen und den Beteiligten über die Situation der Flüchtlinge und zum Thema Migration geführt. Wir sind überzeugt davon, dass die Probleme und Konflikte, die in diesem entstehen, durch Maßnahmen im Rahmen des unten geschilderten Programms überwunden werden können. Wir rufen daher alle demokratischen und sozialistischen Parteien, Institutionen, Organisationen und Initiativen dazu auf in Folge der Diskussion über diese Prinzipien, ihre Weiterentwicklung und Umsetzung eine gemeinsame Haltung einzunehmen.

Filippo Grandi, der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, erklärte, dass die Zahl der Vertriebenen bis Mitte 2020 die Marke von 80 Millionen überschritten habe:

„Die Zahl der Vertriebenen hat sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Dies zeigt, dass internationale Gemeinschaft nicht in der Lage ist, den Frieden zu sichern. Angesichts dieses erschreckenden Tableaus überschreiten wir leider einen weiteren düsteren Meilenstein, und so lange die führenden Staaten der Welt dem Krieg nicht Einhalt gebieten, wird sich die Lage noch weiter verschlechtern.“

Wir sind in der Tat mit Folgen von Katastrophen konfrontiert, die von jenen verursacht werden, die unseren Globus unbewohnbar machen. Migration und Flüchtlinge sind globale Realitäten und bestimmen die politische Konjunktur. Die Ungleichheit, die sich zum Nachteil der werktätigen Klassen verschärft, Arbeitslosigkeit, fehlende Sicherheit und die Verteuerung des Lebens, die von populistischen Politiker:innen ausgenutzt wird, erschweren das Leben der Migrant:innen und Flüchtlinge noch mehr, obwohl sie hierfür keinerlei Verantwortung tragen. Fake news, gezielte Fehlinformationen, zunehmende Hürden für die Migration, fehlende Kontrollen, zunehmende Bedrohung und Unterdrückung verschärfen die Probleme der Vertriebenen zusätzlich. Der Versuch, Probleme zu übertreiben und Flüchtlinge zur Verhandlungsmasse zu machen, um Wählerstimmen zu gewinnen, in Verbindung mit vorsätzlich gefälschten Nachrichten, machen es zwingend erforderlich, eine vertrauenswürdige Kommunikationsstrategie zu entwickeln.

1. Angesichts der Probleme der jüngsten Zeit im Zusammenhang mit Migration und Flüchtlingen, die im Fall der Geschehnisse in Altındağ, einem Stadtteil Ankaras, in dem Syrer zur Zielscheibe gemacht, und sogar als Auslöser von rassistischen Übergriffen herangezogen wurden, plädieren wir im Sinne einer demokratischen, gerechten und gleichberechtigten Lösung für die Gründung von Solidaritätsnetzwerken von unten. Auch für alle in der Türkei lebenden Menschen sollten die Zusicherungen der Behörden auf den universellen Rechten und nicht auf ethnischen Zugehörigkeiten beruhen.
2. Die Türkei verfügt nicht über ein fundiertes und funktionierendes Einwanderungs- und Flüchtlingssystem, das auf den grundlegenden Menschenrechten beruht. Die Türkei hat das Genfer Abkommen nur mit einem „geographischen Vorbehalt“ anerkannt. Der geografische Vorbehalt in Bezug auf Migrations- und Einwanderungsgesetze sollte aufgehoben und die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 umgesetzt werden.
3. Jeder hat das Recht auf Asyl in anderen Ländern als dem eigenen und das Recht, Asyl zu begehren. Sichere Reiserouten für Flüchtlinge in Drittländer sollten anerkannt werden. Die Türkei, die Europäische Union (EU) und andere Länder sollten das Recht Asyl zu begehren und den Flüchtlingsstatus anerkennen. Das Abkommen über die Rückübernahme von Flüchtlingen, das 2013 zwischen der EU und der Türkei unterzeichnet wurde und 2016 in Kraft getreten ist, muss annulliert werden. Die EU sollte

die Praxis, Flüchtlinge außerhalb ihrer Grenzen zu halten, und die Türkei als „Flüchtlingsdepot“ zu betrachten, aufgeben.

4. Die Vereinten Nationen (UN) sollten Büros für Migration und für die Beantragung von Asyl einrichten. Diese Büros würden die Verfahren regeln und den Zugang zum Recht auf Asyl ermöglichen.
5. Für jene Flüchtlinge, die in der Türkei bleiben möchten, sollten Maßnahmen zur wechselseitigen Integration, Anpassung und Koexistenz etabliert werden.
6. Geflüchteten und zugewanderten Menschen, die arbeiten, sollte eine Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis erteilt werden; ihre Beteiligung an der Erwerbsbevölkerung sollte gesetzlich geregelt werden, und Arbeit für weniger als den Mindestlohn sollte verboten werden. Nur damit kann die maßlose Ausbeutung von Arbeitsimmigranten gestoppt werden. In Fällen, in denen die Arbeitgeber die Arbeitnehmer nicht anmelden oder sie zwingen, unter ausbeuterischen Bedingungen zu arbeiten, müssen Strafverfahren gegen sie eingeleitet werden.
7. Es sollten Möglichkeiten geschaffen werden, die es den zugewanderten Arbeitkräften ermöglichen, Gewerkschaften beizutreten. Die Gewerkschaften sollten den Weg für die Organisierung dieser Menschen in Gewerkschaften ebnen.
8. Die globalen Ungleichheiten, die negativen Auswirkungen des Klimawandels in den Auswanderungsländern, die politischen Krisen und Bürgerkriege, die durch die Interventionen der imperialistischen Mächte hervorgerufen werden, die bewusste Unterdrückung verschiedener Identitäten durch autoritäre Länder gehören zu den wichtigsten Gründen für das Phänomen der globalen Migration.

Ein globales politisches Klima, das es jedem ermöglicht, in Freiheit, in seinem eigenen Land und unter humanen Bedingungen zu leben, ist eindeutig die Lösung, und Initiativen in diese Richtung sollten gefördert werden. Die Ungleichheiten werden durch die Tatsache verschärft, dass das Kapital ungehindert in der Welt agieren kann, während die Arbeit in nationalen Grenzen gefangen ist. Das Recht auf Arbeit und die Art und Weise, wie sie sich selbst organisiert, sollten nicht durch nationale Grenzen eingeschränkt werden.

9. Der politische Druck muss erhöht werden, damit auch die Länder des Nordens dazu gebracht werden, Flüchtlinge aufzunehmen. Eine Politik, durch die sich manche Länder durch finanzielle und politische Unterstützung „Flüchtlings-Reservoirs“ schaffen, ist inakzeptabel.
10. Statt Migration zu einer Frage von Sicherheit und zum Anlaß für weitere undemokratische Maßnahmen zu reduzieren, muss eine Politik entwickelt werden um Migration abzusichern. Eine Haltung, die auf Anerkennung von Menschenrechten und Gleichberechtigung fußt, ist die beste Gewähr dafür, dass eine repressive Politik gegenüber Migranten und ihre Fortschreibung durch autoritäre Regimes verhindert werden.
11. Die Ablehnung einer Außenpolitik gegenüber Nachbarn, die auf Expansion und provokativem „Neu-Ottomanischem“ Gebaren basiert sowie die Herstellung einer regionalen Solidarität und Zusammenarbeit ist ebenso von fundamentaler Bedeutung.
12. Frauen und LGPTI+, die geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt sind, muss ein unabhängiger Aufenthaltsstatus zuerkannt werden. Gewalt, die geschlechtsspezifisch determiniert ist, muss als Verfolgung angesehen und als Asylgrund anerkannt werden.

Bei Asylverfahren müssen im Hinblick auf gesellschaftliche Geschlechterrollen sensible Methoden verwendet, entsprechende Ratgeber und Hilfsangebote entwickelt werden.

13. Das Prinzip der „Nicht-Zurückführung“ muss auch für Frauen, die Gewalt erfahren haben, angewendet werden. Kein Staat darf eine Frau, die Gewalt erfahren hat und Asyl begehrt bzw. Flüchtling ist in ein Land zurückführen und ausliefern, in dem ihre Freiheit oder ihr Leben bedroht sind.
14. Es müssen notwendige institutionelle Maßnahmen ergriffen werden, um Informationen und Statistiken über Flüchtlinge ohne Registrierung zu erheben, die der Schaffung eines Flüchtlingsinventars dienen. Die Tatsache, dass keine etablierte Migrations- und Flüchtlingspolitik existiert, fördert Menschenschmuggler. Um das Sterben weiterer Flüchtlinge zu beenden und Verstöße gegen ihre Rechte zu verhindern, müssen die Strafen gegen Schlepper abschreckender Natur sein.
15. In einer Zeit der Klima- und Nahrungskrisen müssen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Flüchtlinge, die dies wünschen, ungenutztes Agrarland nutzen, um ihren Beitrag zu leisten; hierbei müssen sichere, menschliche und gleiche Arbeitsbedingungen sichergestellt sein.
16. Wenn gewährleistet ist, dass Kommunalbehörden hinsichtlich der Probleme von Flüchtlingen auf der Basis von Recht und Gleichheit handeln, so wird dies zu außerordentlich positiven Ergebnissen führen.
17. Auf einer Politik der Zwangsabschiebung zu bestehen, ohne irgendeine Infrastruktur zu erschaffen, wird im individuellen und gesellschaftlichen Maße zwangsläufig zu zerstörerischen Ergebnissen führen und ist gänzlich inakzeptabel.

Koordinationsstelle der Einheit für Demokratie